

Jochen Hippler

TERRORISMUS UND ISLAM – EINORDNUNG EINES KOMPLIZIERTEN VERHÄLTNISSSES

Als Folge der Terroranschläge in New York und Washington vom 11. September 2001 haben sich wieder zahlreiche Stimmen erhoben, die „dem Islam“ oder dem „Islamismus“ ein ungeklärtes, ja positives Verhältnis zur politischen Gewalt nachsagen. Mit besonderer Deutlichkeit drückte dies ein französischer Islamwissenschaftler aus:

„Der Islam rechtfertigt Gewalt und kennt Meinungs- und Religionsfreiheit nicht. Würde er seine kriegerische, antiwestliche und reformfeindliche Seite offen enthüllen, die ihm seit dem 11. Jahrhundert eigen ist, dürften die europäischen Staaten, den Menschenrechten und dem Gleichheitsprinzip treu, ihn auf ihrem Boden nicht dulden. ... Wohin man im Orient und in Afrika schaut, die Religion Mohammeds setzt sich heute mit Gewalt durch. Das gilt für Sudan und Bangladesh, für Mindanao und Kaschmir, für Aserbaidschan, Tschetschenien, Afghanistan, Tadschikistan, Iran, Ägypten, Libanon, Palästina, Algerien und Nigeria. So lehren die arabischen Gebote ‚Die Religion Mohammeds durch das Schwert‘. ... Da eine Reform am Anfang des 20. Jahrhunderts scheiterte, ist der Islam bis heute eine eroberungslustige, kriegerische und theokratische Religion.“¹

Von solchen Positionen aus liegt es nahe, den islamisch inspirierten Terrorismus insgesamt oder die Terrorakte des 11. September 2001 als integralen Bestandteil islamischer Religiosität aufzufassen. Der Islam sei letztlich eine Religion der Intoleranz und Eroberung, bei dem der „Heilige Krieg“ (Jihad) im Zentrum stehe. Wenn dies in solch grober Form von Samuel Huntington auch nicht geteilt würde, so knüpft es doch direkt und indirekt an seine umstrittenen Thesen („Clash of Civilizations“) an, etwa an Formulierungen, „Islam has bloody borders“².

Aber auch Positionen, die eigentlich die Muslime vor einem Pauschalverdacht der Gewalttätigkeit in Schutz nehmen wollen, landen nicht selten auf kurzem Wege beim Gegenteil: So konnte man wenige Wochen nach den Terroranschlägen im *Rheinischen Merkur* die tröstliche Formulierung lesen:

"Nicht jeder, der zu Allah betet, ist ein ‚Gotteskrieger‘ und bereit, zur Waffe zu greifen."³

So unbestreitbar richtig solche Sätze auch sind, so legen sie doch nahe, daß vielleicht jeder zweite oder jeder dritte Muslim gern und schnell das Messer zückt. So wird nicht nur eine direkte

¹ „Der Islam ist kriegerisch“, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 18.11.2001, Nr. 46 / Seite 11

² Samuel Huntington, „The Clash of Civilizations?“, in: *Foreign Affairs*, Vol. 72, No. 3, Sommer 1993, S. 34/35

³ Rudolf Zewell, "Pflicht zu handeln: Kampf gegen Terror - Der ""gerechte Friede"" ist nicht umsonst zu haben", in: *Rheinischer Merkur*, 5. Oktober 2001, S. 1

Verbindung vom Gebet zur Gewalt gezogen, die man für das Christentum – trotz dessen gewalttätiger Geschichte – nie behaupten würde. Und wenn zwar „nicht jeder“ Muslim gewalttätig sein mag, so scheint von ihnen insgesamt doch eine beträchtliche Gefahr auszugehen. Wir würde man bei uns Sätze in ausländischen Presseorganen empfinden, daß „nicht jeder Deutsche ein Nazi ist und Türken umbringt“?

Solche Positionen unterstellen meist eine globale Konfrontation zwischen dem (modernen, säkularen) Westen und dem (rückschrittlichen, unaufgeklärten und gewaltbereitem) Islam. In einem solchen Vergleich fiele dann dem Westen automatisch die Rolle der Gewaltbekämpfung zu - eine zivilisatorische Mission, die nicht immer so offen wie vom italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi formuliert wird: „Der Westen ist dazu bestimmt, die Völker zu verwestlichen und für sich zu erobern. Dies ist ihm schon mit der kommunistischen und mit einem Teil der islamischen Welt gelungen. Aber es gibt einen anderen Teil dieser Welt, der vor 1.400 Jahren stehen geblieben ist“.⁴

Trotz des häufig rituellen Geredes von einem „interkulturellen Dialog“ sind die anti-islamischen Konnotationen des vorgeblichen Dualismus zwischen dem Westen und dem Islam offensichtlich.

Politische Gewalt und Terrorismus.

Jenseits seiner politischen Instrumentalisierung stellt der internationale Terrorismus ein ernstes und gefährliches Problem der internationalen Beziehungen dar. Und tatsächlich ist das Niveau politischer Gewalt – auch seiner terroristischen Spielart – im Nahen und Mittleren Osten (neben einigen auch „christlichen“ Regionen, etwa Kolumbien, manchen Teilen Afrikas, etwa Ruanda und Burundi) gegenwärtig besonders hoch – und in vielen der betroffenen Ländern sind die meisten Menschen Muslime.

Staatlicher und „privater“ Terrorismus ist eine der gemeinsamen Erfahrungen, die praktisch alle Zivilisationen teilen: der Begriff selbst entstammt der Französischen Revolution, also dem „christlich“ geprägten Europa. Der Terror der ETA, katholischer und protestantischer Gruppen in Nordirland, der katholischen bzw orthodoxen Kroaten und Serben gegen die Muslime Bosniens und des Kosovo, die Gewalt der deutschen RAF und der italienischen Roten Brigaden, der Terror des Stalinismus des italienischen Faschismus und der Nazis sind nur beliebige Beispiele. Darüber hinaus kennen wir Terrorismus in vielen nicht-christlichen Gesellschaften, von Hindus und Sikhs, jüdischen Terrorismus der Kolonialzeit in Palästina oder durch israelische Siedler und Militär, den Terror der Aun-Sekte in Japan und den früheren Terror des japanischen Kaiserreiches in China und Korea - die Liste ließe sich fast beliebig fortsetzen. All dies bedeutet zweierlei nicht: einmal muß sich der Terror der verschiedenen Gesellschaften nicht immer und überall „religiös“ begründen, und selbst wo er dies tut, muß er nicht wirklich religiöse Wurzeln haben. Und zweitens bedeutet die Verbreitung und das Vorkommen von Terrorismus in den unterschiedlichen Kulturkreisen nicht, daß dieser zu allen Zeitpunkten und in allen Gesellschaften immer genauso bedrohlich sein müsse. Dies ist sicher nicht der Fall – weder die Zyklen politischer Gewalt noch ihre Ausdrucksformen verlaufen synchron: während sie sich in einem Land oder einer Kultur möglicherweise durch Volksaufstände oder Bürgerkrieg, in anderen durch Terrorismus äußern

⁴ zitiert nach: *taz* vom 28.9.2001, S. 4

mögen, kann dies woanders durch das konventionellere Mittel der Krieger oder brutale Repression geschehen. Eine wissenschaftliche Analyse des Terrorismus kann diesen nicht von seinen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abtrennen und isoliert untersuchen, sondern muß ihn als Teil des politischen Gewaltspektrums insgesamt betrachten. Sieht man auf die globalen Zahlen des US-Außenministeriums, denn lassen sich zwei wichtige Punkte feststellen: erstens sank die Zahl der Anschläge des internationalen Terrorismus während der letzten zwanzig Jahre deutlich. Hatte es etwa in den Jahren 1985-88 jährlich jeweils mehr als 600 Anschläge weltweit gegeben (in den Jahren davor zwischen etwa 490 und 565), lag die Zahl für die Jahre 1996-2000 bei durchschnittlich nur noch 338.⁵

Betrachtet man die Zahlen der Anschläge für die Jahre 1995-2000 nach Region, fällt auf, daß der Nahe und Mittlere Osten – also die Region mit dem höchsten Anteil an Muslimen – am unteren Ende der Terrorhäufigkeit lag, von Nordamerika abgesehen. Im Nahen und Mittleren Osten lagen die Anschlagzahlen des Internationalen Terrorismus in diesem Zeitraum zwischen 16 und 45 (im Jahresdurchschnitt 33), während sie in Westeuropa (Schwerpunkt: Balkan) zwischen 30 und 272 (durchschnittlich 101) und in Lateinamerika (Schwerpunkt auf Kolumbien) zwischen 84 und 193 (im Durchschnitt 121) betragen.⁶

Der Schluß besonderer Virulenz „islamischen“ Terrorismus läßt sich aus diesen Zahlen nicht ziehen. Sieht man sich zusätzlich die in Westeuropa verübten Anschläge näher an, dann gab es durchaus terroristische Akte durch Akteure aus dem Nahen und Mittleren Osten, allerdings in vergleichsweise geringem Umfang und oft mit nicht-religiösem Hintergrund (etwa durch Vertreter der kurdischen PKK gegen eigene Mitglieder). Nüchtern betrachtet war der islamische Terrorismus deshalb bis zum 11. September 2001 quantitativ und qualitativ international nur von mäßiger Bedeutung – wichtig genug, um wie auf andere Formen des Verbrechens ein strenges polizeiliches Auge zu halten, aber nach Art und Umfang kein Grund zu besonderer Aufregung. Diese Einschätzung ist allerdings durch den Begriff des „Internationalen Terrorismus“ mit bedingt, der ja nur grenzüberschreitende Formen politischer Gewalt einbezieht. Terrorakte innerhalb eines Landes, die von eigenen Staatsbürgern gegen Ziele des eigenen Landes (also z.B. nicht gegen Botschaftsgebäude oder Personal eines Drittlandes) verübt werden, sind zwar ebenso brutal, aber eben keine Anschläge des internationalen Terrorismus und kommen deshalb in den oben angeführten Zahlen des US-Außenministeriums nicht zur Geltung. Der allergrößte Teil politischer Gewalt in Nahen und Mittleren Osten und der islamisch geprägten Welt insgesamt erfolgt aber nach innen, nicht gegen Dritte. Und in einem beträchtlichen Teil dieser Fälle kann zusätzlich noch darum gestritten werden, ob es sich tatsächlich um Terrorismus oder andere Widerstands- und Gewaltformen handelt. Das US-Außenministerium definiert „Terrorismus“ u.a. als „vorsätzliche politische Gewaltakte gegen Nicht-Kämpfer („noncombatant“) durch nicht-staatliche Gruppen oder Geheimagenten“.⁷ Gewaltsame Angriffe bewaffneter Einheiten auf

⁵ US Department of State, Patterns of Global Terrorism 2000, Appendix C: Statistical Review (Charts): Total International Terrorist Attacks, 1981-2000

⁶ ebenda, Appendix C, Total International Attacks by Region, 1995-2000

⁷ Diese Definition wird allerdings dadurch modifiziert, daß „Kombattanten“ mehrfach eingeschränkt wird: so wären z.B. Soldaten während ihrer Dienstzeit Kombattanten, nach Feierabend nicht. Danach könnte ein Anschlag auf einen Soldaten je nach Tageszeit und Dienstplan terroristisch oder nicht-terroristisch sein. So etwas macht den Terrorismusbegriff für bürokratische Zwecke handhabbarer, analytisch aber unbrauchbar.

militärische Kräfte werden von den Angegriffenen oft und verständlicherweise als „Terrorakte“ aufgefaßt, insbesondere, wenn sie mit unkonventionellen Mitteln vorgetragen werden – während es sich doch um Formen unkonventioneller Kriegführung im Kontext von Bürgerkriegen oder Widerstandsaktionen handeln mag. In diesem doppelten Sinn ist der Nahe und Mittlere Osten eine Region mit besonders ausgeprägter politischer Gewalt: Ende der neunziger Jahre fanden 8 von 27 größeren Gewaltkonflikten auf der Welt in der Region des islamisch geprägten Orients statt.⁸ Typisch für die dortigen Konfliktverläufe sind Situationen, in denen im Kontext von Aufständen, Bürgerkriegen oder organisiertem politischen Widerstand eine breite Mischung von Aktions- und Operationsformen eingesetzt wird: friedliche Demonstrationen und andere Protestformen, wenn möglich evtl. sogar die Beteiligung an Wahlen, Sachbeschädigungen oder Gewaltakte mit eher symbolischer Bedeutung, organisierter gewaltsamer Widerstand bis hin zum Niveau des Krieges, Einschüchterungen des Gegners und potentieller Abweichler der eigenen Seite, verschiedene Formen des Terrorismus. Nehmen wir etwa die Gewaltkonflikte des letzten Jahrzehnts in Algerien, der Türkei (Kurdistan), Palästina oder Kaschmir, dann zeigt sich in allen Fällen eine enge Verknüpfung chronischer politischer Konflikte mit verschiedensten Gewaltformen, zu denen auch terroristische Anschläge gehören können und oft auch gehören. Die Einschätzung der verschiedenen Gewaltdimensionen ist nicht immer einfach. Man muß sich insbesondere meist davor hüten, entweder bestimmte Mittel der Gewalt automatisch für terroristisch oder nicht-terroristisch halten zu wollen, etwa Attentate oder Autobomben immer für Akte des Terrorismus, Raketenangriffe und Bombardierungen durch staatliche Streitkräfte aber für „militärisch“ (im Gegensatz zu terroristisch) halten zu wollen. Das Bombenattentat auf Adolf Hitler durch Graf Stauffenberg wird etwa kaum jemals als Terrorismus bezeichnet (außer durch Nazis) obwohl es die „klassische“ Waffe von Terroristen verwandte, während umgekehrt Luftangriffe gegen Zivilisten zu deren Einschüchterung oder zum „Brechen der Moral“ terroristisch sein können. Nicht an der Waffe erkennt man den Terroristen, sondern am politischen und juristischen Kontext, und am Ziel: Angriffe auf Besatzungstruppen sind tendenziell nicht, solche auf Schulkinder immer terroristisch. Zweitens ist es ebenfalls nur mäßig hilfreich, zwischen terroristischen und nicht-terroristischen Organisationen formal unterscheiden zu wollen: meist ist es so, daß Organisationen nur punktuell zur terroristischen Aktionsformen greifen, aber wesentlich mehr und komplexer sind als bloße „Terrororganisationen“: die palästinensesische Hamas und die israelische Armee sind beide für Terrorakte (etwa politische Morde) verantwortlich, es wäre aber in beiden Fällen falsch, sie schlicht als Terrorbanden zu bezeichnen. Auch der südafrikanische ANC und die SWAPO Namibias haben in der Zeit ihrer Untergrundarbeit Akte des Terrors begangen,⁹ der französische Auslandsgeheimdienst¹⁰ oder die amerikanische CIA¹¹ waren in solche Akte verwickelt oder haben sie selbst unternommen –

⁸ Siehe dazu: Jochen Hippler, Konflikte und Krisenprävention, in: Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 2000: Fakten, Analysen, Prognosen, hrsg. von Ingomar Hauchler, Dirk Messner, Franz Nuscheler, Frankfurt 1999, S. 421-437; im Internet erreichbar über: <http://www.jochen-hippler.de/Volltexte/volltexte.html>

⁹ insbesondere gegen interne Abweichler

¹⁰ etwa der Bombenanschlag auf das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ in Neuseeland, das gegen die französischen Atomtests im Pazifik protestierte. Das Schiff wurde versenkt, ein Fotograf getötet.

¹¹ Verschiedene Mordanschläge auf ausländische Politiker und sogar Staatsoberhäupter der CIA wurden in den siebziger Jahren im US-Senat untersucht und erst dann verboten. Das hinderte sie allerdings nicht, auch später noch in terroristische Akte verwickelt zu sein, wie etwa 1985 in einen Bombenanschlag in Beirut, bei

trotzdem waren oder sind diese Organisationen keine Terrororganisationen, sondern Befreiungsbewegungen bzw. Behörden, die auch vor terroristischen Verbrechen nicht zurückschreckten.

Einer der zahlreichen Gründe für die Schwierigkeiten, den Terrorismus von anderen Gewaltformen abzugrenzen liegt in der bekannten Tatsache, daß der Terrorismusbegriff bis heute nicht befriedigend definiert werden konnte, daß es deutlich über 100 unterschiedliche Definitionen gibt, die miteinander konkurrieren und oft unterschiedliche politische Intentionen reflektieren. Insbesondere die Abgrenzung legitimen gewaltsamen Widerstandes zum Terrorismus ist kaum konsensual zu erreichen, da die Opfer solchen Widerstandes sich immer als Opfer des Terrorismus sehen, während sich die meisten Terroristen selbst als legitime Widerstandsbewegung betrachten. Es gilt die alte Beobachtung, daß des einen Terroristen des anderen Freiheitshelden sind. Dieses Grundproblem gilt natürlich auch in Bezug auf die politische Gewalt von Muslimen.

Politische Gewalt im Nahen Osten.

Die Ursachen des Terrorismus und der anderen Formen politischer Gewalt im Nahen und Mittleren Osten sind vielfältig. Eine notwendige – aber nicht hinreichende – Grundvoraussetzung besteht in einer allgemeinen Situation der wirtschaftlichen und politischen Dauerkrise, die durch ökonomisch-soziale und politische Aspekte gekennzeichnet ist. Ein wichtiges Element besteht im Auseinanderklaffen der Erwartungen und Hoffnungen eines Großteils der Bevölkerung mit den gesellschaftlichen Realitäten. Nicht die Armut der Bevölkerung oder der Mangel an Demokratie an sich sind direkt und automatisch für politische Gewalt verantwortlich – auch extrem arme Gesellschaften können bemerkenswert friedfertig sein. Aber wenn diktatorische Verhältnisse oder Armut von der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert werden, weil die Menschen mehr Wohlstand und Freiheit für erstrebenswert und *möglich* halten – und beides ihnen verweigert wird, dann entsteht ein Konfliktpotential mit möglicher Gewaltkomponente. Ob und in welcher Form und in welchem Maße sich die Gewalt tatsächlich äußern wird, hängt von vielen Faktoren ab, unter anderem von den rechtlichen und politischen Möglichkeiten friedlicher Opposition. Gewalt wird um so wahrscheinlicher, je stärker gewaltlose Ausdrucksformen von Opposition und gewaltlose Konfliktregelungsmechanismen fehlen oder blockiert sind. In einer ganzen Reihe von Ländern des Nahen und Mittleren Ostens bestehen chronische Krisen der Gesellschaften, die zunehmend durch Hoffnungslosigkeit und Wut geprägt sind. Korrupte und unfähige Regierungen verweigern der eigenen Bevölkerung grundlegende politische Rechte und sind zugleich nicht in der Lage, eine wirtschaftliche Zukunftsperspektive zu bieten. Massive Jugendarbeitslosigkeit, eine schamlose Spaltung der Gesellschaften zwischen Arm und Reich (letztere oft demonstrativ protestlich) und ein starkes Auseinanderklaffen der öffentlichen Werte und Normen einer Gesellschaft und der sozialen Realität sind Warnsignale. Als soziale Organisatoren eines resultierenden politischen Radikalismus (und später möglicherweise dessen gewaltsamen Praktiken) kommen häufig Sektoren der Mittelschichten in Betracht, etwa die Söhne ländlicher

dem 80 Menschen getötet wurden; siehe u.a.: US Senate, Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities, Alleged Assassination Plots Involving Foreign Leaders, November 20, 1975; sowie *New York Times*, 12.-15. und 17. Mai 1985

Familien, die in großen Städten oder sogar im Ausland neue Bildungselemente erwerben (vor allem an Universitäten) – und dann keine oder keine angemessenen Arbeitsplätze finden, zugleich aber nicht zurück in ihre Dörfer können oder wollen. Das politische Konfliktpotential speist sich aus sozialer Not und Verzweiflung, aber seine Organisation wird meist nicht von den Ärmsten, sondern von Vertretern der technischen Intelligenz, Ärzten oder Rechtsanwälten getragen. Meist spielt ein zweiter Faktor eine zentrale Rolle, um bestehendes Konfliktpotential in politische Gewalt zu transformieren: die Symbolik politischer Regionalkonflikte. Für den islamischen Kulturkreis sind das vor allem Palästina, in geringerem Maße Kaschmir (vor allem in Pakistan und Afghanistan) oder die immer noch bestehenden Sanktionen gegen den Irak. Diese Konflikte haben einen starken mobilisierenden Effekt, sie repräsentieren die Unterdrückung ganzer Völker. Insbesondere im palästinensischen Fall kann die Mobilisierung auf nationaler Grundlage (Palästinenser sind Araber) oder quasi-religiös erfolgen (Palästinenser sind meist Muslime), ihre Grundlage ist die Identifikation mit den Unterdrückten. Die Bedeutung dieses Mechanismus wird beispielhaft deutlich in der *Fatwa* (ein islamisches Rechtsgutachten), die Usama ibn Ladin mit anderen Extremisten im Februar 1998 veröffentlichte, um den USA und Israel den „Krieg“ zu erklären. Darin erhebt er drei substantielle Vorwürfe:

- Die Besetzung islamischer Länder, insbesondere „der heiligsten aller Orte, der Arabischen Halbinsel“, um deren „Reichtümer zu plündern, ihre Herrscher zu beherrschen“ („dictating to its rulers“), und zu anderen Zwecken durch die USA;
- Die Auswirkungen der US-Politik („the Crusader-Zionist alliance“), des Golfkriegs und das seitdem andauernde Embargo auf die irakische Zivilbevölkerung „mit mehr als 1 Million Toten“;
- Die „Besetzung Jerusalems und die Morde an Muslimen“ durch Israel, sowie die US-amerikanische Unterstützung.¹²

Bestimmte Regionalkonflikte im Nahen und Mittleren Osten können in Verbindung mit dem ohnehin innerhalb der Gesellschaften bestehenden Konfliktpotential eine explosive Mischung eingehen. Sie können politisch genutzt werden, um Konflikte und Gewaltpotential zu bündeln und ihnen eine Richtung zu geben – potentiell auch eine Richtung nach außen. Eine Vorbeugung gegen Gewaltkonflikte und Terrorismus sollte in diesem Zusammenhang also zugleich die innergesellschaftlichen Quellen und Ursachen der Gewaltpotentiale und die wichtigen, symbolträchtigen Regionalkonflikte ins Zentrum rücken: solange die Bevölkerungsmehrheiten über keine positive Lebensperspektiven verfügen und solange etwa der Palästinakonflikt nicht gelöst wird – solange wird die Gefahr bestehen, daß sich die Gewaltpotentiale reproduzieren. Sie können sich dann weiter auf sehr unterschiedliche Art und gegen unterschiedliche Ziele äußern, auch terroristisch.

Gewalt und Religion.

Gewalt und Terrorismus sind auch im Nahen und Mittleren Osten nicht neu, sind auch nicht erst mit dem aufkommenden Islamismus entstanden. So wie es auch in Europa immer wieder religiös begründete, aber auch säkulare Gewalt gibt und gegeben hat, so auch in muslimisch geprägten

¹² Text of Fatwa Urging Jihad Against Americans, published in Al-Quds al-Arabi, 23. Februar 1998, zit. nach Internet website: www.ict.org.il/articles/fatwah.htm

Gesellschaften. In den siebziger Jahren wurde etwa der aus dem Palästina-Konflikt resultierende Terrorismus (z.B. Flugzeugentführungen) nicht religiös, sondern „national“ gerechtfertigt, im Zusammenhang mit „nationaler Befreiung“ und dem Kampf einer Befreiungsbewegung. Die Täter waren meist Muslime, aber ihre Religion und Religiosität spielte für die Tatbegründungen praktisch keine Rolle. Heute würden die gleichen Taten mit gewisser Sicherheit auch oder völlig mit religiösen Argumenten untermauert – nicht, weil sie nunmehr aus der Religion entsprängen, sondern weil sich der politische Diskurs verschoben hat. So wie früher viele politische Probleme in der Sprache des Arabischen Nationalismus oder des Marxismus-Leninismus ausgedrückt wurden, so werden heute die gleichen Grundprobleme anders formuliert, in einen anderen Begründungskontext eingebettet – ohne daß sie deswegen notwendigerweise andere wären. Politische Bewegungen drücken ihre Forderungen, Erwartungen und Programme fast immer in einem sinnstiftenden Legitimationszusammenhang aus, der ihnen höhere Weihen etwa der „Geschichte“, der „Nation“, des „Klassenkampfes“ oder eben „Gottes“ gewährt. Zum Teil nehmen sie damit Stimmungen in der Gesellschaft auf, zum Teil prägen sie sie, aber auf jeden Fall dient das der Stärkung der eigenen Position durch Inanspruchnahme höherer Werte, die durchaus reale Aspekte und vernünftige Begründungen enthalten können.

Der aktuelle islamisch geprägte Terrorismus speist sich weiterhin aus säkularen Quellen: aus sozialen Problemen und Konflikten, Unterdrückung, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit. Ohne diese Quellen würde der islamistische Terrorismus über kleine Grüppchen von Spinnern nicht hinausgelangen, er würde nicht bedeutsamer sein, als es die deutsche RAF in den siebziger Jahren war: geräuschvoll, großmäulig, aber politisch isoliert. Die Gefahr der Überreaktion wäre noch gefährlicher als der Terrorismus selbst. Der islamistische Terrorismus ist heute nicht bedeutsam, weil er islamistisch ist, sondern weil er über eine Basis in einigen Ländern verfügt, die nicht aus dem Koran, sondern den sozialen Realitäten entspringt. Auf dieser Basis allerdings kann jede Form von Religion zu einer zusätzlichen, mächtigen ideologischen Waffe werden, auch der Islam. Sein praktischer Nutzen besteht darin, daß er nicht-westlich ist (im Gegensatz etwa zum Nationalismus, der in gewissem Maße ein westliches Importprodukt war), daß er sich auf eine ausgesprochen hohe moralische Instanz beruft (Gott), die zusätzlich prinzipiell nicht widerlegt werden kann (Gott kann sich gegen seine politische Instrumentalisierung offensichtlich nicht wehren) und daß Religion eine besonders starke emotionale Komponente enthält, die manche säkulare Ideologien nicht – oder nicht mehr – besitzen.

Der Islam – bzw. bestimmte, unorthodoxe Interpretationen des Islam – können unter manchen Umständen also dazu beitragen, terroristische Täter ideologisch zu stärken, ihre politischen Motive durch spirituelle zu ergänzen und so ihre Motivation zu erhöhen. Der Islam kann ebenfalls – wie nationalistische oder andere Ideologien – die Funktion erfüllen, Gemeinsamkeit zu stiften und so politische Koalitionsbildung erleichtern: etwa an die Gemeinschaft aller Muslime appellieren, so wie früher, und zum Teil noch immer, die Gemeinsamkeiten etwa der Araber politisch genutzt wird. Umgekehrt kann er natürlich zur Ausgrenzung eingesetzt werden, etwa von Nicht-Muslimen. Er kann also insbesondere bei der Stärkung der Gruppenidentität, der Motivierung, und bei der Definition von In- und Outgroup eine wichtige Rolle spielen. Dabei fällt auf, daß der politische Islam als Begründungskontext für Terrorismus (was die seltene Ausnahme, nicht die Regel darstellt) zuerst im jeweiligen Land, nicht international herangezogen wird: der jeweiligen Diktatur oder Machtelite wird ihre islamischer Charakter bestritten, oft mit sehr

säkularen Argumenten wie Korruption oder außenpolitischen Vorwürfen, aber auch dem sündigen Lebenswandel der Herrscher. Das Attentat auf den ägyptischen Präsidenten Sadat war ein klassisches Beispiel. Einen internationalen Charakter nehmen solche Formen des Terrorismus meist an, wenn es etwa um die Verfolgung von Oppositionellen oder Diplomaten des eigenen Landes im Ausland geht. In eher seltenen – aber potentiell besonders gefährlichen oder blutigen Ausnahmen – sucht sich islamistischer Terrorismus westliche Ziele im Ausland, wie die oben angeführten Statistiken des US-Außenministeriums belegen und die Attentate des 11. September dramatisch unterstrichen haben.

Eine Analyse des islamisch inspirierten Terrorismus sollte ihn nicht primär unter quasi-theologischen, sondern unter politischen und kriminalistischen Gesichtspunkten untersuchen. Die religiösen Begründungen der Terroristen zum Nennwert zu nehmen, geht ihnen auf den Leim und führt in die Irre. Das religiöse Bekenntnis der Täter ist deren Privatsache – aber ihre Verbrechen sind es nicht, und die Ursachen und Quellen politischer Gewalt und ihrer terroristischen Formen liegen nicht im Verhältnis des Individuums zu Gott, sondern in den sehr irdischen Fragen wie sozialer und politischer Gerechtigkeit, Entfremdung und kollektiver Perspektivlosigkeit. Hier muß die Analyse auch des religiösen Terrorismus, und hier müssen die Gegen- und Vorbeugungsmaßnahmen zuerst ansetzen. Wer demgegenüber den islamischen Terrorismus primär als ein Phänomen des Islam auffaßt und entsprechend handelt, spielt den Terroristen gerade in die Hände. Ihnen geht es ja unter anderem darum, eine Konfrontation zwischen „dem Islam“ und „dem Westen“ zu provozieren, und selbst zu den Exponenten der islamischen Seite zu werden. Genau dieses Kalkül gilt es aber zum Scheitern zu bringen, wenn man nicht noch Öl ins Feuer gießen will.

Quelle:

Jochen Hippler

Terrorismus und Islam - Einordnung eines komplizierten Verhältnisses
in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Dezember 2001, S. 710-717